

**INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Donnerstag, 07. April 2011 22:15  
**An:** redaktion@frontal.at; presse@vorarlberg.at; fiw@wko.at; frauen@oevp.at; office@bundeselternverband.at; fiw@wko.at; presse@vorarlberg.at; pia.kranawetter@oeh.ac.at; Cornelia Wustmann  
**Betreff:** Sammelmeldung 8.4.2011

**Plattform EduCare**  
 elementare und außerschulische Bildung  
**Informationsdienst**  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)



**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES  
 VOM 07.04.2011 22:14:49**

**TOP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION**

„Absolut falsches Signal“ - Der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturn findet das Sparpaket berechtigt, kritisiert aber die Abschaffung des Gratikindergartens als ein sozialpolitisch völlig falsches Signal.

→ Siehe: [Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?](#)

→ Siehe: [Spielen ist ein Fulltime-Job](#)

**BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK**

[Elementarpädagogische Datenbank](#)

Unterstützung des Bildungsvolksbegehren; Theodor Saverschel in seinem Amt bestätigt - BILD Mehr Qualität im Unterricht, Qualitätsmanagement und -kontrolle, Erhalt der AHS Unterstufe und weniger Supplierstunden sind die wichtigsten Forderungen

→ Zum Bildungsvolksbegehren: <http://vbbi.at>

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM**

[Gesetze Bundesländer](#)  
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

Symposium "Kinderbetreuung im ländlichen Raum" 24. Mai 2011 - Eine Veranstaltung von Frau in der Wirtschaft und der ARGE Österreichische Bäuerinnen.

**BURGENLAND**

[Meldungen:](#)  
[Stadtschlaining - RiS-Kommunal - Zur Kindergartenpädagogin wachsen](#)

**KÄRNTEN**

[Meldungen: keine](#)

**NIEDERÖSTERREICH**

[Meldungen: keine](#)

**BERGÖSTERREICH**

[Meldungen:](#)  
[Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?](#)  
[Spielen ist ein Fulltime-Job](#)  
[Vortrag Cornelia Wustmann](#)  
[Fragerunde mit Cornelia Wustmann](#)  
[Gab es bislang Konsequenzen nach PISA?](#)

**SALZBURG**

[Meldungen:](#)  
[Projekte zur Förderung der Kinderrechte gesucht](#)  
[Verordnungsentwurf, Begutachtungsfrist: 6.Mai 2011 - Schulsprengelverordnung für Vorschulstufen im Land Salzburg](#)

**STIERMARK**

[Meldungen:](#)  
[Sparbudget: AK vermisst Ausgewogenheit](#)  
[Lechner-Sonnek fordert "Sozial-Landesrat" Schrittweiser auf sich zu entschuldigen!](#)  
[Steirisches Sparbudget: KA-Chef Putzer sieht falsche Zielgruppen](#)  
[HINTERGRUND: Kampf ums Budget - Franz Voves und Hermann Schützenhöfer feiern ihr Sparbudget als die Rettung der Steiermark. Doch Tausende Steirer protestieren dagegen. Und auch landhausintern werden Bedenken laut, ob das Sparpaket fünf Jahre hält.](#)

**TIROL**

[Meldungen:](#)  
[Tirol bei Pisa deutlich schlechter als Südtirol](#)

**VORARLBERG**

[Meldungen:](#)  
[Fachtagung zum Thema "Spiel und Sprache"](#)

**WIEN**

[Meldungen:](#)  
[Wien: Lesefähigkeit von 32.500 Schülern wird getestet](#)

**ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN**

ÖH: Gleiche Bezahlung für alle PädagogInnen! PädagogInnenbildung NEU in Dienstrechtsverhandlungen berücksichtigen

**JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT**

Jugendschutz: Limit fürs Fortzeihen könnte fallen

[otsat Jugendschutz nach dem Vorbild Niederösterreichs harmonisieren](#)

[Jugendschutz österreichweit vereinheitlichen](#)

[Ausgeh-Limit für 16-Jährige soll fallen](#)

[JUGENDVERTRETUNG: Jugendschutz - das muss drin sein!](#)

[Endlos-Party, Alkohol ab 16: Länder bremsen Minister](#)

["Das ist das Wort Jugendschutz nicht wert"](#)

[Schulpsychologen warnen vor Sparkurs](#)

[Fekter blitzt bei Jugendwohlfahrt ab](#)

[Jugendämter verweigern Abschiebung von Kindern](#)

## **KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG**

[Schweiz: Familienergänzende Kinderbetreuung: Vergleich zwischen Basel-Stadt und Zürich](#)

[Deutschland: Kristina Schröder: "Wir müssen den Ausbau der Kinderbetreuung..."](#)

## **KINDERKRIPPEN**

[Außerfamiliäre Betreuung im frühen Kindesalter: Kinderkrippen schützen die Kleinsten vor Benachteiligungen](#)

## **KINDERRECHTE**

[Kinderrechte werden zu wenig beachtet](#)

[Auf Kinder und Jugendliche wird in Österreich keine Rücksicht genommen](#)

[Verena Remler ist es ein wichtiges Anliegen, dass Kinder in ihrer...](#)

➔ [Siehe auch: Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?](#)

## **MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION**

[EU will die Roma besser integrieren](#)

## **PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[EURIPA – Allgemeine und berufliche Bildung](#)

## **PLATTFORM EDUCARE**

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

## **SONSTIGES**

[EU-Kommission fordert bessere Integration der Roma in Europa](#)

## **IMPRESSUM UND HINWEISE**

[Abmeldung von diesem kostenlosen Service](#)

-

## **TOP-THEMA / MEINUNG / ZUR DISKUSSION**

***„Absolut falsches Signal“ - Der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturm findet das Sparpaket berechtigt, kritisiert aber die Abschaffung des Gratiskindergartens als ein sozialpolitisch völlig falsches Signal.***

**FRONTAL:** Hat die Landesregierung recht, wenn sie behauptet, dass es zum Sparkurs keine Alternative gibt?

**Sturm:** Es gibt tatsächlich eine reale Gefahr, dass die Schulden das Land Steiermark politisch handlungsunfähig machen. Die Steiermark ist zu klein, um mit Investitionen die Konjunktur ankurbeln zu können. Deshalb ist eine hohe Verschuldung für das Land wirtschaftlich sinnlos. Bundesländer sollten solide Finanzen haben.

**FRONTAL:** Wie erklären Sie sich, dass die Budgetlage plötzlich so dramatisch sein soll?

**Sturm:** Man hätte in der Steiermark schon viel früher darauf achten sollen, wie man mit dem vorhandenen Geld auskommt. In guten Zeiten hat man viel Geld ausgegeben, um sich politische Loyalitäten zu sichern. Man wollte niemand vergraulen. Deshalb hat jede noch so kleine Feuerwehr ihr eigenes Feuerwehrhaus bekommen, auch wenn das gar nicht notwendig war. Wir sind daran gewöhnt, dass die Politik in der Steiermark Geld verteilt. Man sollte sich fragen, ob dieses Klientensystem ein gutes politisches Modell für die Zukunft ist. Was das Verteilen von Zuwendungen anlangt, hat Landeshauptmann Voves schon recht, wenn er sagt, wir hätten in den letzten Jahren Speck angesetzt.

**FRONTAL:** Daneben muss es aber noch andere Gründe geben, warum die Kosten für die Länder explodieren. Sonst wären die Zahlen, mit denen die Landesregierung den großen Sparbedarf den Wählern gegenüber begründet, nicht erklärbar.

**Sturm:** Es gibt bei den Spitälern ein großes Potenzial, mit dem Geld effizienter umzugehen. Man könnte mit weniger Geld dieselbe Leistung erbringen. Das gilt auch für unsere politischen Strukturen. In der Südoststeiermark sind die Gemeindestrukturen sogar für österreichische Maßstäbe ungewöhnlich kleinteilig. Das lässt sich in einer global vernetzten Welt einfach nicht mehr aufrechterhalten.

**FRONTAL:** Kritiker des Sparbudgets sagen, dass viele Einsparungen bei den Sozialausgaben langfristig höhere Kosten verursachen werden und letztlich kontraproduktiv sind.

**Sturm:** Investitionen in elementare Bildung, also in Kindergärten und Vorschulen, sind die rentabelste Investition im Erziehungsbereich, das belegen alle

Untersuchungen. Deshalb ist es besonders schmerzhaft, dass man den Gratiskindergarten wieder abschafft. Auch wenn es verteilungspolitisch sinnvoll sein mag, dass Eltern ab einem gewissen Einkommen für den Kindergartenbesuch ihrer Kinder zahlen müssen, aus der Sicht der Bildungspolitik ist es absolut das falsche Signal.

**FRONTAL:** Müsste man die Steuern erhöhen, damit wir uns den Gratiskindergarten leisten können?

**Sturm:** Ich denke, dass unsere Steuerquote genau richtig ist. Aber der öffentliche Sektor muss effizienter arbeiten. Wir brauchen eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern, da könnte man das Geld einsparen, das man für den Gratiskindergarten braucht.

**FRONTAL:** Wie sollten die Aufgaben zwischen Bund und Land verteilt werden?

**Sturm:** Österreich braucht eine umfassende Bundesstaatsreform. Wir brauchen eine klare und vernünftige Verteilung der Aufgaben zwischen den politischen Ebenen der Republik. In Österreich gibt es viele geteilte Zuständigkeiten, die dazu führen, dass im Zweifelsfall niemand für ein Problem verantwortlich ist.

[http://www.frontal.at/index.php?option=com\\_content&view=article&id=77:finanzeperte-sturm-im-interview&catid=25:coverstory](http://www.frontal.at/index.php?option=com_content&view=article&id=77:finanzeperte-sturm-im-interview&catid=25:coverstory)

→ **Siehe: Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?**

→ **Siehe: Spielen ist ein Fulltime-Job**

## BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG, BILDUNGSPOLITIK

Elementarpädagogische Datenbank

### **Unterstützung des Bildungsvolksbegehren; Theodor Saverschel in seinem Amt bestätigt - BILD Mehr Qualität im Unterricht, Qualitätsmanagement und -kontrolle, Erhalt der AHS Unterstufe und weniger Supplierstunden sind die wichtigsten Forderungen**

Salzburg/Wien (□TS) - Bei der am letzten Wochenende in Salzburg durchgeführten Generalversammlung des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs (BEV) wurde Theodor Saverschel (NÖ) mit 95 Prozent der Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt. "Die Qualität des Bildungswesens steht und fällt mit der Qualität des Unterrichtes - und zwar bereits im Kindergarten und in der Volksschule" bezieht Saverschel zur aktuellen Bildungsdiskussion Stellung. "Wir haben eine gute Position in den Verhandlungen und werden von der Bundesministerin und ihrem Team für unsere Arbeit sehr geschätzt. Wir werden weiterhin konstruktive Gespräche führen und gute Ergebnisse bringen", so Saverschel.

Die aktuellen Verhandlungen umfassen unter anderem das Kurssystem an den □berstufen, sowie die neue Ausbildung von LehrerInnen.

Im Zuge der Generalversammlung wurden die Unterstützung des Bildungsvolksbegehrens mehrheitlich beschlossen und die Grundzüge des neuen Positionspapiers verabschiedet.

Die wichtigsten Inhalte daraus:

Im Zuge des Qualitätsmanagement ist verpflichtendes, regelmäßiges Feedback (Schüler bewerten Lehrer) mit unabhängiger Kontrolle von externen, dafür zertifizierten Unternehmen einzuführen. Zusätzlich sind bei fehlender Qualität Konsequenzen zu definieren.

Die Qualitätskontrolle in der Schule ist rasch und signifikant zu verbessern. Dazu zählt auch eine höhere Transparenz im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) an der Schule, also eine verbesserte Einbindung der Eltern.

Saverschel: "Eines muss hier klar gesagt werden: Die Eltern sind die Zahler, und unsere Kinder die Kunden. Wir zahlen in das Bildungssystem, in Schulveranstaltungen, Nachhilfe, und investieren zusätzlich noch eine Unmenge an Zeit, um unsere Kinder beim Lernen zu unterstützen. Wir erwarten daher eine signifikante Verbesserung in der Zusammenarbeit in den Schulen, mehr Einfluss in der Umsetzung der Bildungsziele an den Schulen "

"Ein rotes Tuch für uns ist der Entfall unzähliger Unterrichtsstunden um Konferenzen, Ausbildung und gewerkschaftliche Zusammenkünfte wahrzunehmen. Die Anzahl der Supplierungsstunden ist exorbitant und meist nicht einmal fachbezogen. Diese Zeit fehlt den Kindern für die Vertiefung des Lehrstoffes in der Schule und muss mühsam durch Nachhilfe und hoher Eigenleistung der Eltern aufgeholt werden. Wir fordern, dass Lehrer diese Tätigkeiten außerhalb der normalen Unterrichtszeit wahrnehmen - so wie es auch in der Privatwirtschaft gehandhabt wird.", so Saverschel, und meint "das kann kurzfristig eingeführt werden - wenn der Wille da ist"

Die Auswertungen der Tests betreffend Bildungsstandards (diese werden in der 4. und 8. Schulstufe durchgeführt), sind verpflichtend im Schulgemeinschaftsausschuss zu behandeln. "Derzeit sollen die Ergebnisse, die Aufschluss über die Qualität in der Schule geben, nur

der Schulleitung zur Verfügung gestellt werden. Damit werden sie in der Schublade verschwinden und keine Konsequenzen haben", prophezeit Saverschel, und argumentiert "in Kombination zu unseren geforderten Maßnahmen im Qualitätsmanagement würde dadurch ein Qualitätskreislauf geschlossen werden können, der automatisch die Bildungsqualität verbessert - vollkommen unabhängig, welchen Schultyp das betrifft - und welche Bezeichnung dafür gerade modern ist."

Die Elternarbeit ist rechtlich durch ein eigenes "Elterngesetz" abzusichern. Derzeit ist nur die Schule rechtlich verpflichtet, die Eltern, in Form von Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) mit einzubinden. "Auf Landes- und Bundesebene sind wir vom Goodwill des jeweiligen Landesschulrates respektive des/r UnterrichtsministerIn abhängig. Im Gegensatz sind sowohl Lehrer als auch Schüler durch Gesetze rechtlich eingebunden." erklärt Saverschel

Für die Neue Mittelschule (NMS) wird ein bundesweit einheitliches "Dachmodell" gefordert. "Wir sehen die NMS als Aufwertung der Hauptschulen, doch muss beim Umstieg in Gymnasium Oberstufe, HTL oder HAK einheitliches Niveau garantiert werden können - Bildungsstandards hin oder her." fordert Saverschel und fügt hinzu "die AHS Unterstufe muss als Alternative bestehen bleiben, daran darf nicht gerüttelt werden."

Die Details im Positionspapier werden in den nächsten Wochen mit den Landesorganisationen der Elternvertretungen verhandelt. Das endgültige Papier wird Mitte des Jahres präsentiert werden.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM/Original Bild Service, sowie im OTS Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

Rückfragehinweis:

Bundesverband der Elternvereine an den mittleren und höheren Schulen Österreichs  
Ing. Theodor Saverschel, MBA  
Tel: 0680 141 1 141  
Email: [office@bundeselternverband.at](mailto:office@bundeselternverband.at)

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/12508/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

➔ [Zum Bildungsvolksbegehren: http://vbbi.at](http://vbbi.at)

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM, VERWALTUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote

### ***Symposium "Kinderbetreuung im ländlichen Raum" 24. Mai 2011 - Eine Veranstaltung von Frau in der Wirtschaft und der ARGE Österreichische Bäuerinnen.***

Ort: Wirtschaftskammer Österreich, Skylounge  
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

14:00

**Begrüßung** durch **Martha Schultz** (Vizepräsidentin WKÖ) und **ÖKR Gerhard Wlodkowski** (Präsident der LKÖ)

14:10

**Eröffnung** durch Bundesminister **Dr. Reinhold Mitterlehner** (BMWFJ)

14:30

**Impuls-Referat Univ.-Prof. Dr. Christoph Mazal**: Besonderheiten und Kosten der Kinderbetreuung im ländlichen Raum

15:00

**Best Practice Beispiel Deutschland**: „Lokale Bündnisse für Familie“: **Bgm. Klaus Löffler**, Steinbach am Walde, gemeinsam mit **Roland Beierwaltes**, Kreisverband Kronach

15:30

Pause

16:00

**Best Practice Runde Österreich**: **Mathilde Köffler** (GF Osttiroler Kinderbetreuungszenrum), **Karin Weißenböck** (GF Moorheilbad Harbach), **Gertraud Zwirger** (Tagesmutter) gemeinsam mit **Elke Fuchs** (Hilfswerk), **Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer** (Österr. Gemeindebund)

17:00

Pause

17:30

**Podiumsdiskussion** mit Staatssekretärin **Mag. Verena Remler** (BMWFJ), **Abg. z. NR Adelheid Fürntrath-Moretti** (Bundesvorsitzende FiW), **Abg. z. NR Anna Höllner** (Vorsitzende der ARGE Österreichische Bäuerinnen), **Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer** (Österr. Gemeindebund). Moderation: **Dr. Martina Salomon**, Kurier

18:30 Networking Lounge

Anmeldungen bis 16. Mai unter [fiw@wko.at](mailto:fiw@wko.at)

Kostenlose Kinderbetreuung, bitte geben Sie bei der Anmeldung bekannt, wie viele Kinder Sie mitbringen werden.

## BURGENLAND



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

### Meldungen:

#### Stadtschlaining - RiS-Kommunal - Zur Kindergartenpädagogin wachsen

Als Ausbildungsstätte für KindergartenpädagogInnen möchten wir dies zum Anlass nehmen, ... Um zur Kindergartenpädagogin ausgebildet zu werden, braucht es im ...

## KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

### Meldungen: keine

## NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: [www.noe.gv.at](http://www.noe.gv.at)

### Meldungen: keine

## BERGÖSTERREICH



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

### Meldungen:

#### Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?

Die Frühjahrstagung der Kinder- und Jugendanwältinnen und –anwälte Österreichs stand ganz im Zeichen von "Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?". Neben Vorschlägen zur Verbesserung des Gewaltschutzes, erfolgte auch eine Positionierung zur aktuellen sorge-Debatte mit der klaren Botschaft, dass aus Sicht des Kindes neue Zugänge zur Deeskalation noch vor dem Weg zum Gericht als entscheidend zu bewerten sind.

Mehr dazu: <http://www.kija-ooe.at/AKTUELLES+NEWSLETTER.php>

Themen - Übersicht:

- Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?
- Damit es mir gut geht
- Kinderbeistände für Ö. gesucht
- Social Media – Kinderrechte im Netz
- Workshop "Stand up"
- "Im Namen der rdnung – Heimerziehung in Tirol"

UNICEF-Spendenaufwurf für Kinder in Japan

Hier gibt's mehr zum Nachlesen: <http://www.kija-ooe.at/AKTUELLES+NEWSLETTER.php>

#### Spiele ist ein Fulltime-Job

Durch das Spielen entdecken Kinder ihre Welt. Spielen ist quasi der Hauptberuf der Kinder (Armin Krenz) - Eltern sollten ihrem Nachwuchs die Zeit und den Raum dafür geben und nicht immer das kindliche Spiel unterbrechen. Dr. Cornelia Wustmann, erste Professorin für Frühkindpädagogik an der Uni Graz, geht in ihrem Vortrag "Kindheit - ein Kinderspiel? Nachdenken über eine chancengerechte Bildung von Buben und Mädchen" auf die große Bedeutung des Spielens ein. Spielen ist hier sehr breit gefasst und nicht auf "Games" reduziert. Für Kinder ist fast alles ein Spiel.

#### Ungerechtigkeiten im Bildungssystem

Wie im Titel des Vortrags schon erkennbar ist, wurde auch die Chancengerechtigkeit von Kindern im Bildungssystem thematisiert. Nicht nur die Unterschiede zwischen Buben und Mädchen sind groß, sondern auch die von Migranten und Einheimischen sowie von armen und reichen Kindern. Wustmann gibt zu bedenken, dass in Österreich 278.000 Kinder armutsgefährdet sind, 326.000 Haushalte mit einem Kind leben unter der Armutsgrenze und 113.860 Kinder und Jugendliche leben in verfestigter Armut. Eine Reihe von Studien können Nachteile belegen, die Armut für die Sprach- und Intelligenzentwicklung und schulische Leistungsfähigkeit der Kinder mit sich bringt.

Der Bildungstalk mit Dr. Cornelia Wustmann wurde vom Schul- und Erziehungszentrum SchEz in Kooperation mit den Kinderfreunden Ö veranstaltet.

<http://www.bildungs.tv/news/allgemein/2781/spiele-ist-ein-fulltime-job>

[Vortrag Cornelia Wustmann](#)

[Fragerunde mit Cornelia Wustmann](#)

## Gab es bislang Konsequenzen nach PISA?

Eine spannende Diskussion konnten am 29. März alle Teilnehmer bei der Veranstaltung "Ministerin im Dialog" der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich mitverfolgen. Dr. Claudia Schmied war eingeladen, um über die Zukunft der Bildungspolitik zu referieren. Danach diskutierte sie unter dem Titel "Müssen wir Bildungslücken füllen oder ist PISA doch nicht das Maß aller Dinge" mit Experten aus Bildung und Wirtschaft.

Am Podium

- Dr. Claudia Schmied, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur
- Fritz Enzenhofer, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für OÖ
- Univ.-Prof. Dr. Herbert Kalb, Vizerektor der Johannes Kepler Universität Linz
- DI Klaus Pöttinger, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ
- Dr. Ludwig Scharinger, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ

Zu Beginn der Diskussion gingen die Emotionen hoch. IV-Präsident Klaus Pöttinger forderte von LSR-Präsidenten Enzenhofer Konsequenzen nach dem PISA-Debakel, was bei diesem für großen Unmut sorgte. "Wenn jemand etwas falsches öfter sagt, wird es deswegen auch nicht richtiger", so Enzenhofer auf Pöttingers Kritik. Die Gemüter beruhigten sich aber wieder und es wurde eine spannende Diskussion zu einem Thema, das uns alle angeht, denn "Bildungspolitik ist mehr als Schulpolitik - sie muss zur Gesellschaftspolitik werden", so Schmied.

### Referat von Bundesministerin Schmied

Im Referat betont Schmied, dass sie die bestmögliche Bildung für alle möchte. Für die Umsetzung dieses Vorhabens gibt es einiges, das sich ändern müsse. So sind für sie die Lehrerbildung NEU, das neue Dienstrecht für Pädagogen und die Stärkung der Schulverantwortung drei Punkte, die sich rasch ändern müssen und werden.

Das gesamte Referat sowie die Podiumsdiskussion und ein Interview mit der Ministerin finden Sie in voller Länge online!

<http://www.bildungs.tv/news/allgemein/2773/qab-es-bislang-konsequenzen-nach-pisa>

## SALZBURG



Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

### Meldungen:

#### Projekte zur Förderung der Kinderrechte gesucht

Burgstaller und Widmann: Kinderrechtspreis zum vierten Mal vergeben / Einsendeschluss am 31. Juli

#### Verordnungsentwurf; Begutachtungsfrist: 6.Mai 2011 - Schulsprengelverordnung für Vorschulstufen im Land Salzburg

Verordnung der Salzburger Landesregierung, mit der die Salzburger Sonderschulsprengelverordnung, die Schulsprengelverordnung für Schwerpunkthauptschulklassen im Land Salzburg sowie die Schulsprengelverordnung für bestimmte allgemeinbildende Pflichtschulen im politischen Bezirk Zell am See - Pinzgau geändert werden und die Schulsprengelverordnung für Vorschulstufen im Land Salzburg aufgehoben wird

## STEIERMARK



Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)

### Meldungen:

#### Sparbudget: AK vermisst Ausgewogenheit

[ORF.at](#)

Nicht einmal bei ihren eigenen Parteimitgliedern haben sich SPÖ und ÖVP mit ihrem Sparpaket Freunde gemacht: Nach Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung kritisierte am Donnerstag auch die Arbeiterkammer die Pläne. Bei der AK-Vollversammlung am ...

#### Lechner-Sonnek fordert "Sozial-Landesrat" Schrittweise auf sich zu entschuldigen!

[Bizeps Info](#)

"Wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?"-Zitat ist eines sozialdemokratischen Sozial-Landesrates mehr als unwürdig: "Entschuldigung ist erforderlich! ...

#### Steirisches Sparbudget: KA-Chef Putzer sieht falsche Zielgruppen

[Kathweb](#)

... Schrittweise: "Denn wenn ich weiß, dass keine Verbesserung möglich ist, warum belästige ich dann ein Kind mit einer Therapie oder einer Frühförderung?"

#### HINTERGRUND: Kampf ums Budget - Franz Voves und Hermann Schützenhöfer feiern ihr Sparbudget als die Rettung der Steiermark. Doch Tausende Steirer protestieren dagegen. Und auch landhausintern werden Bedenken laut, ob das Sparpaket fünf Jahre hält.

Von Piotr Dobrowolski, Barbara Hoheneder und Felix von Bally

An Selbstbewusstsein mangelt es der rot-schwarzen Reformpartnerschaft dieser Tage nicht. Während in Graz Tausende Betroffene gegen das Sparpaket protestieren, freut sich Landeshauptmann Franz Voves, einen finanzpolitischen Meilenstein gesetzt zu haben. Der Bund solle sich das steirische Sparbudget doch zum Vorbild nehmen, ließ er vergangene Woche die Öffentlichkeit wissen.

Und sein schwarzer Reformpartner Hermann Schützenhöfer sekundierte: „Unser Budget wäre ein guter Anlass zu sagen, die Wilden hinter dem Semmering sind nicht so blöd.“

Doch die gute Laune, die Voves und Schützenhöfer versprühen, ist möglicherweise etwas verfrüht. „Unter der Tuchent“ habe man das Sparpaket verhandelt, bekannte Hermann Schützenhöfer vergangene Woche vor Journalisten. „Nein, hinter dem Vorgang“, korrigierte der Landeshauptmann. Doch ob Tuchent oder Vorhang: So öffentlichkeitsscheu man das Sparpaket verhandelte, so unklar bleibt man nun bei seiner Verkündung. Was bis jetzt über das Sparpaket bekannt wurde, sind bloß die groben Züge: weniger Geld in der Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt, Bettenreduktionen im Spitalswesen,

Sparmaßnahmen bei der Wohnbeihilfe, Wegfall des Gratiskindergartens. Liegen die Details auf dem Tisch, könnte sich herausstellen, dass das Doppelbudget 2011/12 doch nicht ganz der große Wurf ist, als den man es verkaufen wird. Vielfach kommt auch die Kritik, dass das Budget zu spät saniert wurde: „Man hätte in der Steiermark schon viel früher darauf achten sollen, wie man mit dem vorhandenen Geld auskommt“, sagt etwa der Grazer Finanzwissenschaftler Richard Sturm (siehe Interview S. 16).

Sozialorganisationen und Gewerkschaften fürchten jedenfalls schon jetzt, dass in der Folge des Sparpakets unzählige Arbeitsplätze verloren gehen. Von rund 450 Vollzeitarbeitsplätzen spricht das Sozialressort, von mehr als tausend die Betroffenen selbst. Sie haben sich inzwischen in der überparteilichen Plattform 25 zusammengefunden, die vergangene Woche eine von rund 10.000 Menschen besuchte Großdemonstration gegen das Sparpaket organisierte. Voves und Schützenhöfer blieben unberührt: Das Sparpaket wird nicht aufgeschnürt. Eine Position, die auch Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser einnimmt: „Man kann über alles reden, aber das Sparpaket bleibt zu“ (siehe Interview S. 12).

**Soziale Härten.** Der Sprecher der Protestplattform Gerhard Zückert hat damit wenig Freude: „Wir wollen keine Alibi-Gespräche, bei denen es von Anfang an klar ist, dass sich nichts ändern wird. Wir fordern echte, ergebnisoffene Verhandlungen“, sagt er. Und wenn es die nicht geben wird? „Dann müssen wir den Druck erhöhen.“

Doch so groß die sozialen Härten des Sparpakets auch sind, vieles spricht dafür, dass es trotzdem kaum den erhofften Sanierungseffekt bringen wird. „In vielen Fällen wird bloß getrickt, ohne nachhaltige Effekte zu erreichen“, sagt ein in Budgetfragen erfahrener hoher Landesbeamter. So würden Einsparungen zum Beispiel dadurch erreicht, dass auf Investitionen oder Instandhaltungsmaßnahmen verzichtet wird: „Das ist in Wirklichkeit keine Einsparung, sondern eine Belastung des Budgets. Denn Objekte, die nicht in Stand gehalten werden, verlieren an Wert.“

Ebenso im Visier des Budgetspezialisten: der als Sanierungsmaßnahme geplante Verkauf der Wohnbaurdarlehen des Landes an Banken. „Das Land holt sich auf diese Weise Geld, das es sonst erst in den kommenden Jahren bekommen hätte. Das ist ein Einmaleffekt. Abgesehen davon wird das Geld dann in den Folgejahren fehlen.“

**Ablaufdatum.** Der Beamte, der seinen Namen nur ungern in der Zeitung gedruckt sehen möchte, ist nicht der Einzige, der die Vermutung hat, dass das Sparbudget bloß eine auf zwei Jahre befristete Showaktion sei. Auch im innersten Kreis der rot-schwarzen Reformpartnerschaft ist immer wieder davon die Rede, dass die gegenseitige rot-schwarze Liebe und die damit verbundene Sparbereitschaft das Ablaufdatum 2013 haben. Zum einen weil dann auch die landespolitisch wichtigen Grazer Gemeinderatswahlen anstehen. Zum anderen aber auch, weil sich der jetzige ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer zu dieser Zeit ins Landtagspräsidium verabschieden wird und Voves ohne seinen sehr konzilianten Reformpartner bleibt.

Das als Fünf-Jahres-Plan verkaufte Sparprogramm könnte sich auch noch aus einem anderen Grund als deutlich kurzfristiger erweisen. Ebenfalls 2013 soll der Finanzausgleich neu verhandelt werden, also der Schlüssel, nach dem Steuergelder zwischen Bund, Land und Gemeinden aufgeteilt werden. Und da hoffen die Länder auf mehr Geld vom Bund, das sie von den Sparzwängen wenigstens teilweise entbinden würde. Die Steiermark ist da keine Ausnahme. Schon Anfang November bekannte Finanzlandesrätin Bettina Vollath FRONTAL gegenüber: „Bis 2013 müssen die Länder mit dem Bund einen neuen Finanzausgleich verhandelt haben. Die Steiermark könnte da einiges herausholen.“

Was ihr in der Folge Nummer allerdings einen Ruffel von Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka einbrachte.

**Zahlenspiele.** Auch sonst ist man in Wien von den steirischen Anstrengungen, das Budget zu sanieren, bei Weitem nicht so begeistert, wie es Voves und Schützenhöfer gern hätten. Beim Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO etwa findet sich zum Beispiel kein Experte, der bereit wäre, das Sparbudget zu kommentieren. Offizielle Begründung: Auch wenn Regionalbudgets wichtig seien, habe man die personellen Kapazitäten nicht, um sich damit eingehend zu beschäftigen. Inoffizielle Vermutung: Das Budget ist nach wie vor bloß in Bruchstücken vorhanden und erlaube abseits von plakativen Zahlenspielen keine seriöse Bewertung.

Dabei haben die Landesräte in einem bunten Reigen von Pressekonferenzen die Sparpläne ihrer Ressorts präsentiert. Doch was eine Informationsoffensive hätte werden können, geriet zu einer ziemlich peinlichen Veranstaltung. Die meisten Regierungsmitglieder brachten gerade ein, zwei, maximal drei schnell zusammenkopierte Zettel mit, um darauf ihre Sparpläne darzustellen. Dementsprechend aussagelos blieben auch ihre Ausführungen. Und selbst jene, die sich die Mühe machten, etwas aufwendigere Unterlagen zusammenzustellen, präsentierten blanke Zahlen, ohne genau zu sagen, wie die erreicht werden sollen. So zeigte Finanzlandesrätin Bettina Vollath zwar eine Reihe von Powerpoint-Folien mit sehr vielen sehr bunten Balken, ließ das Publikum aber am Ende nicht wesentlich informierter zurück, als es ohnehin schon war.

**Strukturreform.** Lediglich das Ressort Gesundheit, Pflegemanagement, Wissenschaft und Forschung überraschte. Mit der Fokussierung auf mobile Pflege, stärkerer Einbindung der Angehörigen und einer Neubewertung der Pflegeheimbedürftigkeit setzte die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder im Pflegebereich viele Forderungen um, die auch von Sozialorganisationen aufgestellt wurden. In ihrer Präsentation konnte sie überdies zeigen, dass sie es nicht beim Kürzen von Leistung bewenden lassen will, sondern auch an die seit Jahren eingeforderten Strukturreformen im Spitalsbereich gedacht hat: „Wenn wir jetzt bei den Strukturen ansetzen, dann traue ich mir zu, in Gesundheit und Pflege Kosten so zu reduzieren, dass die Qualität der Patientenversorgung nicht schlechter wird“, sagt sie (siehe Interview S. 14).

Für Aufmerksamkeit sorgte auch Wirtschafts- und Kulturlandesrat Christian Buchman. Er kam zu seiner Pressekonferenz gleich friedlich vereint mit jenen Managern, denen er das Geld kürzen musste: dem Chef der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft Burghard Kaltenbeck, dem Theater-Holding-Geschäftsführer Peter Nebel und den Geschäftsführern des Universalmuseums Joanneum, Wolfgang Muchitsch und Peter Pakesch. Ob die genannten Herren ganz freiwillig mitmachten, ist nicht überliefert.

**Gelassen.** Theater-Holding-Chef Nebel gibt sich jedenfalls ziemlich gelassen: „Dass die großen Institutionen sparen, damit die Kleinen überleben, war von Anfang an die Vorgabe. Ab Herbst 2012 werden daher unsere Häuser auf eine Neuproduktion verzichten. Das ist schlimm, aber nicht der Untergang des Abendlandes.“ Darauf, dass private Sponsoren den unter Druck geratenen Kulturmachern helfen könnten, macht man sich keine zu großen Hoffnungen. „Das funktioniert in der Steiermark nicht. Die großen Firmen haben ihren Blick auf Wien gerichtet. Wir sind sehr glücklich mit dem Sponsoring der Steiermärkischen Sparkasse. Aber sehr viel mehr wird da nicht möglich sein“, sagt etwa Operntendantin Elisabeth Sobotka.

Bei der freien Kulturszene kommt Buchmanns Politik, bei den Großen zu sparen, dennoch nicht besonders gut an. Auch wenn nach den Worten des Landesrats für 146 regionale Kulturinitiativen und -vereine Planungssicherheit bis Jahresende 2012 besteht, so ist das zumindest für die Vorsitzende der IG-Kultur, Anita Hofer, nicht genug. „Keiner weiß, was nach 2012 kommt. Es gibt jetzt schon Zeichen, dass die Verträge danach nicht verlängert werden“, sagt sie. Um dann eine Förderung für alle zu verlangen: „Wir fordern, dass alle Menschen sich kulturell beteiligen können. Dem Land fehlt aber eine vielseitige kulturelle Perspektive.“

- [Schrittwieser-Interview](#)
- [Edlinger-Ploder-Interview](#)
- [Finanzexperte Sturm im Interview](#)

[http://www.frontal.at/index.php?option=com\\_content&view=article&id=43:coverstory&catid=25:coverstory&Itemid=2](http://www.frontal.at/index.php?option=com_content&view=article&id=43:coverstory&catid=25:coverstory&Itemid=2)

---

**TIROL**Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)

---

**Meldungen:****Tirol bei Pisa deutlich schlechter als Südtirol**  
[derStandard.at](http://derStandard.at)

... Vorbild für die eigenen Kinder sein kann, dann ist das doch ein Argument für die Ganztagschule", meinte Günter Haider, Direktor des Bifie in Salzburg

---

**VORARLBERG**Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)

---

**Meldungen:****Fachtagung zum Thema "Spiel und Sprache"**

Utl.: LR Stermer: Spielen ist wichtiges Element in der Sprachheilpädagogik =

Götzis (OTS/MLK) - "Spiel und Sprache - verspielte Stunden sind gewonnene Zeit" - unter diesem Motto steht die Fachtagung der Sprachheillehrerinnen und -lehrer morgen, Freitag, und am Samstag, 9. April, im Bildungshaus St. Arbogast. Vier hochkarätige Referentinnen und Referenten werden dabei die Bedeutung des Spiels in der pädagogischen Arbeit beleuchten, informiert Schullandesrat Siegi Stermer.

Ziel der Veranstaltung ist es, neue Erkenntnisse in die tägliche Arbeit der Sprachheillehrerinnen und -lehrer einfließen zu lassen. Landesrat Stermer liefert bereits einen Vorgeschmack auf die Fachtagung: "Das Spiel ist schon lange ein kraftvolles Werkzeug in der pädagogischen und therapeutischen Arbeit der Sprachheilpädagogik. Spielen löst Blockaden, eröffnet neue Perspektiven und zeigt alternative Möglichkeiten auf."

Studien zeigen, dass etwa 25 Prozent aller Pflichtschülerinnen und -schüler Sprachauffälligkeiten aufweisen. In Vorarlbergs Schulen werden seit 30 Jahren Sprachheilbehandlungen angeboten. Die ca. 80 aktiven Sprachheillehrerinnen und -lehrer nehmen eine Fülle von Aufgaben wahr: Feststellung von Sprachauffälligkeiten und deren Ursachen, Beratung von Eltern und Lehrpersonen, Erstellen von individuellen Förderplänen, sprachheilpädagogische Arbeit etc. LR Stermer: "Sprache ist das vorrangige Kommunikationsmittel in unserer Gesellschaft. Sich sprachlich ausdrücken und sich verständigen zu können, ist eine wesentliche Bedingung für erfolgreiches Handeln in der Familie, im Kindergarten und in der Schule."

**Rückfragehinweis:**

Landespressestelle Vorarlberg  
Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-920196  
<mailto:presse@vorarlberg.at>  
<http://www.vorarlberg.at/presse>

Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67  
Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

**WIEN**Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)

---

**Meldungen:****Wien: Lesefähigkeit von 32.500 Schülern wird getestet**  
[derStandard.at](http://derStandard.at)

... Bildungsvergleichsstudie PISA; durchgeführt wird er vom auch für die PISA-Testungen zuständigen Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE). ...

---

**ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN**

---

**ÖH: Gleiche Bezahlung für alle PädagogInnen! PädagogInnenbildung NEU in Dienstrechtsverhandlungen berücksichtigen**

Wien (OTS) - Heute starten die Verhandlungen zu einem neuen Dienst- und Besoldungsrecht für LehrerInnen. Die Österreichische HochschülerInnenschaft ruft die VerhandlungsteilnehmerInnen auf, die Implikationen der PädagogInnenbildung NEU zu berücksichtigen. "Die Pläne zur PädagogInnenbildung NEU sehen vor, dass alle PädagogInnen vom Kindergarten bis zur Schule ein Masterstudium absolvieren sollen. Eine gleichwertige Ausbildung muss auch eine gleichwertige Bezahlung bedeuten - die ÖH fordert das gleiche Gehalt für alle PädagogInnen", so Sigrid Maurer vom Vorsitzteam der ÖH Bundesvertretung.

"Als ersten Schritt muss die Regierung sicherstellen, dass in Zukunft neu ausgebildete LehrerInnen unabhängig vom Schultyp eine gleichwertig hohe Bezahlung bekommen. Die Gehälter von ElementarpädagogInnen und SozialpädagogInnen müssen dann an dieses Niveau angeglichen werden. Die Politik muss sich zur gleichen Bezahlung bekennen - nur dann kann weiter sinnvoll über das Modell der PädagogInnenbildung NEU diskutiert werden", so Mirjam Müller, ÖH-Generalsekretärin.

"Die Regierung hat die historische Chance die pädagogischen Berufe nachhaltig zu attraktivieren. Neben einer fundierten Ausbildung kann ein angemessenes Gehalt das Image von pädagogischen Berufen aufbessern. So erhalten sie den gesellschaftlichen Stellenwert, den sie einnehmen sollten", so Thomas Wallerberger vom ÖH-Vorsitzteam.

Rückfragehinweis:  
Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH)  
Pia Kranawetter, Pressesprecherin  
Tel.: 0676 888 52 211  
<mailto:pia.kranawetter@oeh.ac.at>  
<http://www.oeh.ac.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/144/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

## JUGENDSCHUTZ / JUGENDWOHLFAHRT

### **Jugendschutz: Limit fürs Fortgehen könnte fallen**

[Heute.at](#)

Der von Mitterlehner vorgelegte Entwurf für ein bundesweit einheitliches Jugendschutzgesetz orientiere sich dabei stark an den liberalen Regelungen in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland, berichtet das Blatt. Jugendliche bis 14 sollen demnach bis ...

### **otsat Jugendschutz nach dem Vorbild Niederösterreichs harmonisieren**

St Pölten OTSNLK Niederösterreich konnte im Jahr 2001 mit der Harmonisierung des Jugendschutzes in den Bundesländern Niederösterreich Wien und Burgenland ...

### **Jugendschutz österreichweit vereinheitlichen**

[Salzburg.at](#)

Nun liegt den Ländern ein Entwurf einer 15a-Vereinbarung des Bundes vor, die erstmals in Österreich das Jugendschutzgesetz vereinheitlichen soll. "Eine österreichweite Harmonisierung des Jugendschutzgesetzes ist absolut begrüßenswert", betonte Sozial- ...

### **Ausgeh-Limit für 16-Jährige soll fallen**

[Kleine Zeitung](#)

Ab Donnerstag wird in Dornbirn über ein einheitliches Jugendschutzgesetz geredet. Seit Jahren wird über die Vereinheitlichung der Landesgesetze zum Jugendschutz diskutiert. Nun soll der Durchbruch gelingen: Ab Donnerstag verhandelt Wirtschaftsminister ...

### **JUGENDVERTRETUNG: Jugendschutz - das muss drin sein!**

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Utl.: Die BJV setzt sich als Interessenvertretung schon jahrelang für die Vereinheitlichung des Jugendschutzes ein. Anliegen der jungen Menschen müssen in der Debatte berücksichtigt werden! = Wien (OTS) - "Schon seit Jahren kämpfen wir für ein ...

### **Endlos-Party, Alkohol ab 16: Länder bremsen Minister**

[DiePresse.com](#)

Minister Mitterlehner verhandelt heute mit den Ländern über einen „Vertrag“ für einen bundesweit einheitlichen Jugendschutz. Wien. Der Plan war – und ist – einfach: Jugendminister Reinhold Mitterlehner (VP) will endlich den gesplitteten Jugendschutz in ...

### **"Das ist das Wort Jugendschutz nicht wert"**

[Kleine Zeitung](#)

Auffregung um den Entwurf für ein neues Jugendschutzgesetz. In Graz sieht Bürgermeister Siegfried Nagl die Jugend in Gefahr und attackiert deswegen Parteikollegen Reinhold Mitterlehner. Die Reaktionen auf den Vorschlag von Familienminister Reinhold ...

### **Schulpsychologen warnen vor Sparkurs**

[Kleine Zeitung](#)

Die Einrichtung der Jugendwohlfahrt soll nun als Teil der Sparmaßnahmen des Landes gestrichen werden. Rund 1500 Kinder, meist Erst- bis Drittklässler, bekommen derzeit Sozial- und Lernbetreuung. Diese Kinder würden aus dem Betreuungsnetz fallen, ...

### **Fekter blitzt bei Jugendwohlfahrt ab**

[Kleine Zeitung](#)

Gleichzeitig diskutierte die ARGE Jugendwohlfahrt den Vorstoß der Innenministerin. Das Ergebnis, dass dies rechtlich gar nicht möglich sei, ließ aufhorchen. Kinderschutz sei das oberste Gebot der Einrichtungen, Hilfeleistung bei einer Abschiebung ginge ...

### **Jugendämter verweigern Abschiebung von Kindern**

[derStandard.at](#)

Graz/Wien - "Dass es Kindern bis einer Abschiebung besser geht, nur weil jemand von der Jugendwohlfahrt anwesend ist, glaubt Maria Fekter ja wohl selbst nicht", ärgert sich die steirische Landtagsabgeordnete der Grünen, Sabine Jungwirth. ...

## **KINDERBETREUUNG / KINDESENTWICKLUNG / KINDERERZIEHUNG**

### **Schweiz: Familienergänzende Kinderbetreuung: Vergleich zwischen Basel-Stadt und Zürich**

[Hochrhein-Zeitung \(Pressemitteilung\)](#)

Als zweiter Teil des "Benchmarkings Familienfreundlichkeit" zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zürich ist die familien- und schulgängende Kinderbetreuung der beiden Kantone verglichen worden. Nachdem im Februar 2010 die Familienfreundlichkeit von ...

### **Deutschland: Kristin Schröder: "Wir müssen den Ausbau der Kinderbetreuung ..."**

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hat am 4. April den ersten bundesweiten Erfahrungsaustausch 'Gute kommunale Praxis für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung in Deutschland' in Berlin eröffnet.

## **KINDERKRIPPEN**

### **Außerfamiliäre Betreuung im frühen Kindesalter: Kinderkrippen schützen die Kleinsten vor Benachteiligungen**

"In Wien wird seit Herbst 2009 jedem Kind ein Kinderkrippen- oder Kindergartenplatz kostenlos zur Verfügung gestellt. Es gibt in Wien viele Kinder, deren Eltern sich den Kindergarten nicht leisten konnten, die mit ihren Müttern unter elenden Bedingungen lebten, ohne medizinische Betreuung, ohne Förderung, mit schwerwiegenden Entwicklungsrückständen. Kinderkrippen- und Kindergartenplatz bedeutet jetzt, dass jedem Wiener Kind medizinische und entwicklungspsychologische Betreuung zur Verfügung gestellt wird, die viele Kinder sonst nicht hätten", beobachtet die Psychotherapeutin Dr. Elisabeth Brainin.

Sie gibt gleichzeitig zu bedenken, dass "SäuglingspflegerInnen und KindergärtnerInnen vermehrt gebraucht werden, dass sie eine ausreichende Ausbildung erhalten, dass ihr gesellschaftlicher Status, ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft aufgewertet werden müssen."

Die Psychoanalytikerin widerspricht einer häufigen Überforderung und Überbewertung von Müttern: "Wie oft begegnen uns Mütter, die ihre Kinder seelisch missbrauchen, ihre eigenen neurotischen oder psychotischen Bedürfnisse mit Hilfe ihrer Kinder befriedigen, ohne deren Entwicklungsbedürfnisse wahrnehmen zu können. Dies sind dann auch die Kinder, die die Praxen von Kinderanalytikern, psychotherapeutische Institutionen und kinderpsychiatrische Abteilungen füllen. Wie gut hätten diesen Kindern funktionierende, gut ausgestattete Kinderkrippen getan", schreibt Brainin in

[Psychoanalyse, Schwerpunkt-Ausgabe "Außerfamiliäre Betreuung im frühen Kindesalter"](#): (Gast-Herausgeber: Katharina Rothe, Stefan Schröder, Tanja Göttken).

## **KINDERRECHTE**

### **Kinderrechte werden zu wenig beachtet**

[Wiener Zeitung](#)

Wien. Kinder und Jugendliche werden von Gerichten oft zu wenig gehört, sie kommen in ihren Rechten zu kurz und werden laut geltender Rechtslage oft nicht wie Kinder behandelt. Das sind die Ergebnisse des Jahresberichts 2010 der Wiener Kinder- und ...

### **Auf Kinder und Jugendliche wird in Österreich keine Rücksicht genommen**

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Als nächsten Punkt kritisierte Schmid die mangelhafte Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. "Bereits vor 15 Jahren sind wir als Österreichs Kinder- und Jugendanwältinnen zusammengesessen und haben und gefragt, ...

### **Verantwortung ist es ein wichtiges Anliegen, dass Kinder in ihrer ...**

[oevp.at](#)

"Die gesetzliche Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung war der erste wichtige Schritt. Nun müssen weitere Taten folgen, um die Rechte von Kindern ...

→ **Siehe auch: Kinderrechte in der Verfassung – was bringt's?**

## **MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION**

### **EU will die Roma besser integrieren**

[nachrichten.at](#)

Mehr Arbeitsplätze, Wohnungen und eine bessere Bildung für die Minderheit der Roma in Europa – das sind die Ziele der EU. Eine entsprechende Strategie legte EU-Justizkommissarin Viviane Reding gestern in Straßburg vor. Die zehn bis zwölf Millionen Roma ...

[Roma: EU-Länder haben Handlungsbedarf](#) [derStandard.at](#)

[Brüssel will Roma helfen](#) [sueddeutsche.de](#)

[RP ONLINE - gruene.at - suedkurier.de](#)

[Alle 51 Artikel »](#)

## **PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

---

**EUROPA – Allgemeine und berufliche Bildung**

Informationen über Studienmöglichkeiten in anderen EU-Ländern und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen im Ausland.

---

**PLATTFORM EDUCARE**

Selbstverständnis  
Forderungen  
Mitglieder  
Presse-Aussendungen

Wir ersuchen alle Mitglieder, EmpfängerInnen des Informationsdienstes und SympathisantInnen, unsere Arbeit für Sie mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Ein Richtwert für Private könnte etwa eine Zuwendung von € 50,00 sein: jeder andere Betrag ist uns selbstverständlich Hilfe und herzlich willkommen.

TrägerInnen-Einrichtungen und Institutionen sind ersucht, einen Betrag von € 100,00 aufwärts zu spenden. Auch hier gilt natürlich, dass wir auch über jeden anderen Beitrag froh sind.

**Konto-Nummer: 09726603500,  
Bankleitzahl: 12000 Bank Austria Unicredit Group  
IBAN: AT94 1100 0097 2660 3500  
BIC: BKAUATWW**

Wir danken Ihnen für Ihre [Einzahlungen](#) im Vorhinein sehr herzlich!

---

**SONSTIGES****EU-Kommission fordert bessere Integration der Roma in Europa**[RP ONLINE](#)

Neben einem besseren Zugang zu Bildung, Jobs und Wohnungen müsse auch die Gesundheitsversorgung für die rund zwölf Millionen Roma in Europa Strategiepapiers ...

---

**IMPRESSUM UND HINWEISE****Plattform EduCare****Postadresse:**

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

**Telefon:** +43 (664) 73592265**Faxnummer:** +43 (1) 7485469**Skype:** **E-Mail:** [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

**Abmeldung von diesem kostenlosen Service**

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist. ev. einem kurzen Hinweis, wo wir Sie einordnen können. Danke!